

Von der Klassen- zur Volkspartei? : Anmerkungen zum ideologischen Selbstverständnis und zur gesellschaftlichen Basis der SPS im "kurzen 20. Jahrhundert"

Author(en): **Zimmermann, Adrian**
Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band(Jahr): **1(2007)**

Persistenter Link: <http://dx.doi.org/10.5169/seals-31838>

Erstellt am: **11.04.2011**

Nutzungsbedingungen

Mit dem Zugriff auf den vorliegenden Inhalt gelten die Nutzungsbedingungen als akzeptiert. Die angebotenen Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre, Forschung und für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und unter deren Einhaltung weitergegeben werden. Die Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Konsortiums der Schweizer Hochschulbibliotheken möglich. Die Rechte für diese und andere Nutzungsarten der Inhalte liegen beim Herausgeber bzw. beim Verlag.

SEALS

Ein Dienst des *Konsortiums der Schweizer Hochschulbibliotheken*
c/o ETH-Bibliothek, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz

retro@seals.ch

<http://retro.seals.ch>

Von der Klassen- zur Volkspartei?

Anmerkungen zum ideologischen Selbstverständnis und zur gesellschaftlichen Basis der SPS im «kurzen 20. Jahrhundert»

Adrian Zimmermann

Von der «Klassen- zur Volkspartei» – so lautet ein in Forschung und Politik weitverbreitetes Deutungsmuster der Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie seit 1918. Angesprochen sind damit eine tatsächliche oder vermeintliche Relativierung zweier Grundcharakteristika der Sozialdemokratie: des internationalistisch orientierten Sozialismus als ideologischen Referenzrahmens und – damit eng verbunden – der industriellen Arbeiterschaft als der gesellschaftlichen Basis. Wird damit der Wandel des ideologischen Selbstverständnisses und der gesellschaftlichen Herkunft der Mitglied- und Wählerschaft der SPS adäquat auf den Begriff gebracht?

Der Begriff «Volkspartei» bezeichnet laut dem deutschen Parteienforscher Franz Walter «sehr unscharf» eine Partei, «die hohe Zustimmung bei verschiedenen, heterogenen Bevölkerungsgruppen [...] erreichen» kann.¹

Wichtiger ist – gerade im schweizerischen Kontext, in dem keine Partei so grosse Wähleranteile wie die beiden deutschen «Volksparteien» erreicht – neben dieser auf die soziale Basis einer Partei abzielenden Dimension des Begriffs, dass «Volk» alle unteren und mittleren Bevölkerungsschichten bezeichnen, aber auch synonym mit «Nation» verwendet werden kann. Nimmt man letztere Bedeutung zum Ausgangspunkt, ist eine «Volkspartei» eine Partei, die als «national» geltende Wertvorstellungen verinnerlicht hat. Damit wird der enge Zusammenhang zwischen den Deutungsmustern des «Wandels von der Klassen- zur Volkspartei» und der «Integration»² der Arbeiterbewegung oder – stärker die Zweiseitigkeit des Prozesses betonend und die zeitgenössische Sprache aufgreifend, allerdings möglicherweise auch den nach wie vor asymmetrischen Charakter der Beziehung von Arbeit und Kapital verharmlosend – der «Verständigung»³ zwischen Arbeiterbewegung und Bürgerblock deutlich. Je nach Standpunkt des Historikers ist dabei von einem «Zurück zur demokratischen Volkspartei»⁴ oder von einem Prozess «aufgenötigter ideologischer Anpassung und [...] Unterwürfigkeit» in einem Zustand «manifester Schwäche» die Rede.⁵ Doch dieser Prozess führte nicht einfach zur «Endstation [...] sozialreformistische demokratische Volkspartei»,⁶ und die zwei Programmrevisionen 1935

und 1959 waren sehr unterschiedlicher Art. Wie das Beispiel Robert Grimms zeigt, konnte man in den Jahren des drohenden Faschismus durchaus einer der entschlossensten Verfechter einer Verständigung mit den Hauptgruppen des Bürgertums sein,⁷ ohne spätere und weitergehende Annäherungsprozesse an die bürgerlichen Kräfte gleichermassen zu begrüssen: Grimm war in den 1950er-Jahren ein vehementer Kritiker der faktischen Westintegration der Schweiz und verwies mitten in der Hochkonjunktur-Euphorie auf die grundsätzliche Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und damit die Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft.⁸

Die Interpretation Gruners von einem «Rückweg von der Klassenpartei, welche die «Diktatur des Proletariates» erstrebt, zur Volkspartei, wie sie Albert Steck 1888 geplant hatte»⁹ verweist aber noch auf einen anderen Zusammenhang: Die Vorgängerorganisationen der SPS gehörten zur Basis des freisinnigen Netzwerks. Als in den 1860er-Jahren der linke, kleinbürgerlich-bäuerlich-proletarische Flügel des Freisinns mittels direktdemokratischer Volksrechte, Staatsbetriebe und Arbeiterschutzgesetze die politische Macht der grosskapitalistischen Liberalen um Alfred Escher beschränkte, standen die Grütli- und Arbeitervereine und ihre frühsozialistischen Vordenker an der Spitze dieser demokratischen Bewegung. Nicht nur der patriotische Grütliverein, sondern auch die stärker von der internationalen sozialistischen Bewegung geprägten Strömungen waren damals Teil des breiteren radikal-demokratischen Netzwerks. Bereits zuvor hatte die sich formierende Arbeiterklasse ihren Anteil an der revolutionären Entstehung des Bundesstaats: Marx und Engels bekannten 1848, in der Schweiz die Radikalen zu unterstützen.¹⁰ Die Tagsatzungsmehrheit gegen den Sonderbundskrieg kam erst nach der Genfer Revolution von 1846 zustande, in der die Genfer Arbeiter im Barrikadenkampf die Radikalen an die Macht brachten.¹¹ Biografien wie diejenigen des Zürcher Frühsozialisten Karl Bürkli¹² und von Johann Philipp Becker, im Sonderbundskrieg Sekretär des Generalstabs und später wichtiger Organisator der 1. Internationale,¹³ zeigen die Kontinuitäten zwischen den international vernetzten demokratischen Revolutionären von 1848 und der sich Ende des 19. Jahrhunderts als eigenständige Kraft formierenden Sozialdemokratie. Die Konstruktion eines schematischen Gegensatzes zwischen einer «nationalen, demokratischen» Richtung der Sozialdemokratie und einer «internationalistischen, marxistischen»¹⁴ zielt somit an den realen Verhältnissen vorbei.

Von der «Diktatur des Proletariats» zur «Volksfront der werktätigen Schichten»

Der Generalstreik und seine Folgen markieren die Phase der maximalen Distanz zwischen der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Staat. Das weitgehend von Robert Grimm verfasste Parteiprogramm von 1920 verwendet für die Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus den Begriff der «Diktatur des Proletariats». So klar die Ausführungen des Programms verdeutlichen, dass die SPS unter der «Diktatur des Proletariats» keine Kopie des damals in der Arbeiterschaft noch sehr populären jungen sowjetrussischen Experiments verstand, war es kein grundsätzlicher Dissens, der den Anlass zur Abspaltung der KPS bildete, sondern die Ablehnung der «21. Bedingungen» zum Beitritt in die Komintern durch die Parteileitung.¹⁵ Interessanterweise erreichte die SPS gerade in dieser Phase des ausgeprägtesten Selbstverständnisses als proletarische Klassenpartei bei den Nationalratswahlen 1931 mit 28,7% den höchsten Wähleranteil ihrer Geschichte und dies bei einer Wahlbeteiligung von 78,8%, die nur 1928 ebenfalls erreicht und 1919 übertroffen worden war.¹⁶

Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit verschoben das Kräfteverhältnis zuungunsten der Arbeiterbewegung. Eine rigorose Deflationspolitik verschärfte durch Lohn- und Preisabbau die Krise und gefährdete die Demokratie.¹⁷ Heute ist belegt, was Sozialdemokraten schon damals vermuteten: Ein Teil der Mittel frontistischer Gruppierungen stammte vom Grosskapital. Die Bankiervereinigung finanzierte im Kampf gegen die Kriseninitiative neben einem offiziellen Komitee aus Vertretern der bürgerlichen Parteien auch ein faschistisches «Komitee B (nationaler Kampfbund)».¹⁸ Zunehmend hatte die Abbaupolitik den herrschenden Bürgerblock von seiner Massenbasis der Bauern, Kleinbürger und Angestellten entfremdet. Um die antifaschistische Zeitschrift *Die Nation* entstand eine breite Bewegung für einen politischen Wechsel, die von sozialdemokratischen Gewerkschaftern über politisch meist im Linksfreisinn organisierte Angestelltenvertreter bis zu Teilen der Bauernschaft reichte. Gemeinsame Plattform war die Krisenbekämpfung und die Verteidigung der Demokratie. Mit Erfolg: Am 28. Mai 1933 wurde der Lohnabbau beim Bundespersonal vom Volk verworfen, und am 11. März 1934 lehnte das Volk das Bundesgesetz über den Schutz der öffentlichen Ordnung ab. Finanzminister Jean-Marie Musy, Hauptvertreter der Deflationspolitik, trat darauf zurück, mit dem Ziel, nun zur Führungsfigur der antidemokratischen «Erneuerungsbewegungen» zu werden.¹⁹

Diese defensiven Erfolge der schweizerischen Arbeiterbewegung entsprachen einem internationalen Trend. Der heroische Aufstand der österreichischen Arbeiter gegen das Dollfuß-Regime, der am 12. Februar 1934 ausbrach, die gemeinsame Demonstration von Kommunisten und Sozialisten gegen den faschistischen

Strassenterror gleichentags in Paris und der Aufstand der asturischen Bergarbeiter führten dazu, dass die europäische Sozialdemokratie trotz des nachwirkenden Schocks der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch die NSDAP wieder an Stärke und Selbstbewusstsein gewann. Sozialdemokraten – und nicht wie oft behauptet Kommunisten – waren es, die den Weg zur Einheitsfront der Arbeiterklasse und später der Volksfront aller demokratischen Kräfte gegen den Faschismus wiesen.²⁰

Vor diesem Hintergrund begann auch die SPS ihre Programmatik zu überdenken. Bleibt das Programm von 1935, wiederum mit Robert Grimm als Hauptautor, in Prinzipien und Aufbau weitgehend auf dem Boden seiner Vorgängerprogramme, so verändert es die Aussagen zur sozialen Basis des sozialistischen Projekts und zur Strategie im Kampf um die Macht: Die Krise, so Parteipräsident Reinhard in der Begründung des Programms am Parteitag, habe auch die Bauern, die Angestellten, Intellektuellen und Kleinunternehmer schwer getroffen. «Und nun, Genossen, steht in unserem Programm: Diktatur des Proletariats. Über wen? Über diese Opfer der Krise?» Die Gefahr sei real, dass die «Mittelschichten auch in der Schweiz zum Rekrutierungsgebiet» des Faschismus würden. Mit der «Methode der Solidarität aller Opfer der Krise» strebe die Partei «das Ziel [...] die sozialistische Demokratie der Schweiz» an. Dabei habe man «das Finanzkapital und den von ihm ausgehaltenen Fascismus als Feind», den es «im Kampfe niederzuringen» gelte.²¹ Die SPS versteht sich im Programm von 1935 zugleich als Klassen- und als Volkspartei: Sie hält daran fest, dass alle «bisherige Geschichte [...] das Bild fortwährender Klassenkämpfe» zeige und sie «genötigt» sei, «gegen die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu kämpfen». Gleichzeitig versteht sie sich aber als «Volkspartei» und «Fahnenträgerin des grossen Kulturkampfes aller ausgebeuteten Schichten für die Erringung der vollen Menschenrechte und für die Schaffung einer wirklichen Volksgemeinschaft».²²

Diese strategische Konzeption entspricht durchaus der einige Monate später vom 7. Weltkongress der Komintern auf Antrag von Georgi Dimitroff angenommenen Volksfrontstrategie. Angesichts der inneren und äusseren Bedrohung durch den Faschismus griff der Volksfrontgedanke auch die nationale Konnotation des Volksbegriffs auf. Nur der Kampf gegen Krise und Faschismus und letztendlich für die sozialistische Gesellschaft könne eine «Volksgemeinschaft» verwirklichen.²³ Das Programm der von der SPS angestrebten «Volksfront der Arbeit» sollte der «Plan der Arbeit» sein.²⁴ Dieser konkretisierte die Zielsetzungen des Parteiprogramms. Ursprünglich von Hendrik de Man für die Belgische Arbeiterpartei aus dem WTB-Plan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds²⁵ weiterentwickelt, wurden nationale Arbeitspläne 1935 neben der schweizerischen auch von der niederländischen und tschechischen Partei und vom französischen Gewerkschaftsbund CGT verabschiedet. Treibende Kraft in der schweizerischen

Planbewegung war vor allem der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) und sein Zentralsekretär Hans Oprecht. Mehrheiten für den Plan fanden sich aber in keinem Land, was mit dazu beigetragen mag, dass der «Plan-Erfinder» de Man 1940 zum Kollaborateur wurde.²⁶

Umstritten blieb innerhalb der Partei auch nach dem 1935er-Parteitag vor allem die Frage der Landesverteidigung. Am Parteitag 1936 kam es zu einem der grössten Eklats in der Geschichte der SPS: Die Delegierten lehnten die von der Parteileitung beantragte Zustimmung zur Wehrvorlage ab; darauf trat die vom Vorort Bern gestellte Mehrheit der Geschäftsleitung, namentlich auch Parteipräsident Reinhard und sein designierter Nachfolger Grimm, zurück,²⁷ und der Vorort ging nach Zürich. Das Präsidium übernahm neu Hans Oprecht.

Das Ziel von SP und VPOD mit dem «Plan», zum Zentrum einer neuen Mehrheit zu werden, misslang. Im Bündnis um den SGB, die Angestellten und oppositionelle Bauern um die Wochenzeitung «Die Nation» und die Kriseninitiative, das sich 1937 als «Richtlinienbewegung» konstituierte, betrachtete man die SPS und ihren «Plan» eher als Störfaktor.²⁸ In der Verteidigung der Demokratie war dieses Bündnis erfolgreich, im Kampf für eine andere Wirtschaftspolitik blieb es bei einem Achtungserfolg: Die Kriseninitiative scheiterte in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1935 nur knapp, während am 8. September desselben Jahres die aus frontistischen und rechtskonservativen Kreise stammende Initiative für eine autoritäre Totalrevision der Bundesverfassung wuchtig verworfen wurde.

In den Jahren 1936 und 1937 ermöglichten die Abwertung des Schweizer Frankens, Arbeitsbeschaffungsprogramme und die Aufrüstungskonjunktur zunehmend eine Annäherung zwischen der Arbeiterbewegung und den bürgerlichen Hauptgruppen in einer «Konzentration der Mitte» (Robert Grimm). Das «Friedensabkommen» in der Maschinenindustrie und die Einigung in der vorparlamentarischen Beratung der neuen Wirtschaftsartikel 1937, der Eintritt der SP in die BGBB-dominierte Berner Regierung und der Kompromiss bei der Bundesfinanzordnung 1938 wiesen diesen Weg.²⁹ Die Richtlinienbewegung überlebte diese Einigung der Hauptkräfte links und rechts nicht.³⁰

«[...] aus dem Chaos des Heute ein besseres Morgen» – die SPS während des Zweiten Weltkriegs

Den engen Zusammenhang zwischen proletarischem Klassenbewusstsein und demokratischem Nationalbewusstsein im Zeichen des Antifaschismus verdeutlicht der Aufruf der Geschäftsleitung vom 25. Mai 1940: «Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin» stehe «mit dem unerschütterlichen <Trotz alledem>, das dem Arbeiter verbürgt, dass aus dem Chaos des Heute ein besseres Morgen hervorgehen wird»

bereit, die «Schweiz zu bewahren vor jedem Einbruch fremder Macht und vor den Feinden im eigenen Lande.» Mit verzweifelt-entschlossenem Pathos bringt der Aufruf die gewandelte Haltung der Partei zur Landesverteidigung zum Ausdruck: «Volk und Armee sind ein und dasselbe! [...] Eine einzige, todesmutige Volksarmee bilden jetzt die Eidgenossen. Kein noch so kleines Glied in der geschlossenen Kette unserer kampfbereiten Demokratie darf jetzt reissen oder rosten.» Doch betont die Parteileitung auch, die «schweizerische Arbeiterschaft» schöpfe gerade aus «dem Geiste des Sozialismus [...] Erkenntnis und Kraft», um «auszuharren und das höchste Opfer zu bringen *im Kampf um die Freiheit unseres Landes und die Zukunft unseres Volkes*». ³¹

Doch dieses flammende Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit und Unabhängigkeit wurde von der bürgerlichen Mehrheit nicht honoriert, im Gegenteil. Es zeigte sich 1940, als der rechte Flügel des Bürgerblocks Rückenwind aus dem «Neuen Europa» verspürte, dass der Beitritt in die Landesregierung und eine grundlegende Einigung über die wichtigsten staatspolitischen Grundsatzfragen mit dem Bürgertum wieder viel weiter entfernt war als in den Jahren zuvor. Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz, der keine Skrupel hatte, Frontisten zu empfangen, lehnte grundsätzlich Gespräche mit SP-Delegationen ab. ³²

Bei der Ersatzwahl für Bundesrat Hermann Obrecht (Fdp, SO) am 18. Juli 1940 unterlag der offizielle SP-Kandidat Gustav Wenk (Basel) dem Fdp-Industrievertreter Walther Stampfli deutlich. Zuvor war Konrad Ilg aus Kreisen des Gotthardbunds «als Gewerkschafter, nicht als Sozialdemokrat» ³³ ins Gespräch als Nachfolger Obrechts gebracht worden. Ilg hatte nach einem Telefonat mit Grimm den Verzicht auf seine Kandidatur erklärt. ³⁴ Auch bei der Ersatzwahl im Dezember 1940 hatten die SP-Kandidaten Robert Bratschi und Johannes Huber keine Chance.

Das «Chaos des Heute» hinterliess aber auch in der Partei selbst Spuren: Der äusserste linke Flügel um den Genfer Léon Nicole unterstützte den Hitler-Stalin-Pakt und wurde darauf im September 1939 ausgeschlossen. ³⁵ Am anderen Rand der Partei gerieten einige Gewerkschafter in den Dunstkreis des Gotthardbunds, der eine Einordnung ins «Neue Europa» auf dem Weg einer «eigenständigen» Form der «Erneuerung» erstrebte. ³⁶

Bedeutender als diese Reibereien an den Parteirändern waren Spannungen im Zentrum der Partei: Der Konflikt zwischen der 1936 als Vorort der Partei abgetretenen Berner und der seither diese Funktion ausübenden Zürcher Kantonalpartei schwelte weiter. Auch die Spannungen zwischen dem SGB-Wirtschaftsexperten Max Weber, welcher der Zürcher Partei näher stand und SMUV-Präsident Konrad Ilg, ³⁷ der bis 1936 Vizepräsident der SPS gewesen war, sind wohl teilweise in diesem Zusammenhang zu sehen. Die «Berner» waren deutlich besser in die Entscheidungen auf Bundesebene eingebunden; so war Regierungsrat Grimm

auch Fraktionspräsident. Als Leiter der Sektion «Kraft und Wärme» der Kriegswirtschaft, Präsident der Arbeitsbeschaffungs- und Mitglied der Vollmachtenkommission wurde er zudem «quasi zum (nebenamtlichen) achten Bundesrat»,³⁸ aber auch zur bevorzugten Zielscheibe antisozialistischer Kampagnen seitens der «Eingabe der 200» und Gottlieb Duttweilers, der angesichts der inneren und äusseren antidemokratischen Bedrohung als Mitgründer des Gotthardbunds eine zumindest ambivalente Rolle spielte. Sein «Landesring der Unabhängigen» hatte zunehmend die Wählerschaft der Frontisten absorbiert, war aber auch zu einem gefährlichen Konkurrenten der SPS geworden.³⁹ Die «Berner» erstrebten eine Erweiterung des Bundesrat um zwei Sozialdemokraten auf dem Vollmachtenweg, während die «Zürcher» schärfere Kritiker der Vollmachten waren und auf aussichtslose Bundesratskandidaturen verzichten wollten.⁴⁰ Während man sich über die Ablehnung der antidemokratischen und defätistischen Passagen der Pilet-Rede vom 25. Juni 1940 einig war, gab es eine interessante Nuance darüber, wie deren «Arbeit und Brot für alle, koste es was es wolle» fordernde Passage zu beurteilen sei. Grimm plädierte dafür, in dieser Hinsicht den Bundesrat beim Wort zu nehmen, da Deutschland militärisch nur wenig an der Schweiz interessiert sei. Doch eine steigende Arbeitslosigkeit gefährde die Freiheit, da sie nur den Fronten zugute kommen könne und die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Achse vertiefe.⁴¹ Bringolf meinte dagegen, dass man die Nazis [...] nicht allein mit dem Argument der Arbeitsbeschaffung bekämpfen könne, da eine «Arbeitsbeschaffung [...] auch die Diktaturen fertig bringen» und man mit ihr «den Menschen kein Ideal» gebe.⁴² Bei den Kontakten zu den Bürgerlichen setzten die «Berner» auf die interparteiliche Zusammenarbeit, wie sie im Kanton Bern in der Politischen Arbeitsgemeinschaft institutionalisiert wurde,⁴³ die «Zürcher» dagegen auf liberale Intellektuelle und den «Offiziersbund», mit denen sie im September 1940 die «Aktion Nationaler Widerstand» gründeten.

Die Kriegswende in Stalingrad führte zu einem für die Linke wieder günstigeren Klima. 1943 gewann die Sozialdemokratie die Wahlen und erreichte ihre bisher grösste Sitzanzahl. Nun wurde mit Ernst Nobs der erste Sozialdemokrat in die Regierung gewählt. Bereits Anfang 1941 begannen die Arbeiten an der Weiterentwicklung des «Plans der Arbeit» zum Programm «Die Neue Schweiz». Der Kapitalismus schien durch die Weltwirtschaftskrise, den Faschismus und die beiden Weltkriege endgültig diskreditiert.⁴⁴ Eine sozialistische Nachkriegsordnung sollte die Ursachen für Krise, Faschismus und Krieg beseitigen. Die Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit» sollte die Grundsätze der «Neuen Schweiz» in der Bundesverfassung verankern. Der Bundesrat lehnte die Initiative ab, weil sie «nicht nur eine <Wirtschaftsreform> – wie es im Titel der Initiative heisst» bezwecke, «sondern eine umwälzende, revolutionierende

Neugestaltung unserer gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung, die auf der Handels- und Gewerbefreiheit und [...] der Vertragsfreiheit, beruht».⁴⁵ Da sich die bürgerlichen Hegemonie in ganz Europa bis zum Abstimmungstermin weiter stabilisierte, ist es wenig überraschend, dass eine bundesrätlich so abqualifizierte Initiative chancenlos blieb. In der Volksabstimmung vom 18. Mai 1947 erreichte die Initiative nur gerade 31,2% Jastimmen, konnte also nicht einmal die Wählerschaft der Arbeiterparteien geschlossen hinter sich scharen.⁴⁶

Zum schlechten Resultat der Initiative dürfte auch beigetragen haben, dass besonders unter Gewerkschaftern die relativ defensiv anmutende Argumentation des Bundesrats durchaus verfangen konnte, es gelte «angesichts der gegenwärtigen, noch keineswegs konsolidierten Weltwirtschaft, in die wir unlöslich verflochten sind», zu prüfen, ob es «nicht empfehlenswerter wäre, statt leidenschaftliche Kämpfe um umwälzende Systemänderungen heraufzubeschwören, nach einer Zusammenarbeit auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung zu streben».⁴⁷ In der Bundesverfassung verankert wurden nämlich stattdessen die revidierten Wirtschaftsartikel, die dem Bund die Kompetenz gaben, «nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, Vorschriften» zum Schutz von Gewerbe und Landwirtschaft, aber auch «gegen volkswirtschaftlich und sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und ähnlichen Organisationen» zu erlassen⁴⁸ und «Massnahmen zur Verhütung von Wirtschaftskrisen und nötigenfalls zur Bekämpfung von bereits eingetretener Arbeitslosigkeit»⁴⁹ zu ergreifen. Die Wirtschaftsartikel nahmen damit einige Anliegen der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Vorstösse der letzten Jahre auf. Gleiches galt auch für Elemente der berufsständischen Bestrebungen des Gewerbes, ohne dass dadurch der demokratisch-liberale Grundcharakter der Bundesverfassung von 1874 angetastet wurde. Die überholte Doktrin des Manchesterliberalismus auch offiziell über Bord werfend, ohne sich für eine der in den 1930er-Jahren heiss umkämpften Alternativen des Plansozialismus und der berufsständischen Ordnung zu entscheiden,⁵⁰ institutionalisierte die Revision der Wirtschaftsartikel den asymmetrischen Klassenkompromiss zwischen Gewerbe, Industriekapital und Arbeiterschaft, dessen materielle Grundlage die Vollbeschäftigung im Rahmen einer staatlich und korporativ regulierten privatkapitalistischen Wirtschaft darstellte. Die Wirtschaftsartikel hielten darüber hinaus die Türen für weitergehende gesetzliche Interventionen zumindest verfassungsrechtlich offen. Die gesetzgeberische Umsetzung der neuen Wirtschaftsartikel verlief dann allerdings nur harzig, so wurden unter anderem die Verlängerung der Autotransportordnung (ATO), welche die Konkurrenz Schiene-Strasse sowie die Wettbewerbsordnung und die Arbeitsverhältnisse im Strassentransport regelte,⁵¹ ebenso an der Urne abgelehnt wie die Verwirklichung des alten gewerblichen Postulats eines obligatorischen Fähigkeitsausweises.⁵² Nur auf knapp zwei Jahre beschränkt

blieb der Versuch, in freiwilliger Weiterführung der obligatorischen Preis- und Lohnkontrollen der Kriegswirtschaft durch ein Lohn- und Preisabkommen⁵³ zwischen den Spitzenverbänden der Wirtschaft in der Schweiz ähnlich wie in den Niederlanden, Schweden und Österreich eine zentralisierte Einkommenspolitik zur Inflationsbekämpfung mittels eines paritätischen «Stabilisierungsausschusses» zu etablieren.

Der Sozialismus als «Sache der ganzen Menschheit» – die Programmrevision der 1950er-Jahre

Anfang der 1950er-Jahre hatte die Aufbruchstimmung und Siegesgewissheit der Nachkriegszeit umgeschlagen in Ernüchterung. Besonders irritierend auf Sozialisten musste wirken, dass trotz einer klaren Rechtswende sich die materielle Lage der Lohnabhängigen weiter verbesserte. Donald Sassoon charakterisiert diese Wende von der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Kalten Krieg in seinem Standardwerk über die Geschichte der westeuropäischen Linken wie folgt: “It was as if the *Zeitgeist* had moved away from the Left. The idea that post-war reconstruction would have to proceed along the strongly interventionist lines favoured by the Left had given way to far more widely held pro-market views.”⁵⁴ In diesem Zusammenhang wurde erstmals von Teilen der Parteirechten gefordert, dass die Sozialdemokratie die «Marktwirtschaft» akzeptieren und «*der herrschenden Praxis klaren und unzweideutigen Ausdruck*» geben solle. Interessant ist dabei die Aussage, die SPS solle sich auf «*die politische Vertretung der speziellen Arbeiterinteressen, und zwar im Besonderen der industriellen und öffentlichen Arbeiterschichten*» beschränken, während die Bemühungen, die sozialdemokratische Basis auf Angestellte und Techniker auszudehnen, durch «taktische und ideologische Fehler der Vergangenheit» gescheitert seien.⁵⁵

Am 6. Dezember 1953 scheiterte die vom Bundesrat vorgeschlagene Neuordnung der Bundesfinanzen in der Volksabstimmung. Finanzminister Max Weber erklärte darauf seinen sofortigen Rücktritt. Eine Woche später beschloss der Parteivorstand den vorläufigen Verzicht auf eine weitere Vertretung im Bundesrat.⁵⁶ Parteipräsident Bringolf, der anfänglich noch versucht hatte, Weber umzustimmen, rief nun vor 3000 begeisterten Kundgebungsteilnehmern im Kongresshaus Zürich aus: «So steigen wir in den Jungbrunnen der Opposition!»⁵⁷ Zentralsekretär Humbert-Droz stellte fest, Webers Rücktritt habe «die Wendung zugunsten des demokratischen Sozialismus [...] beschleunigt».⁵⁸ Degen stellt den Rücktritt Webers in einen Zusammenhang mit einer allgemeinen «leichten Öffnung der schweizerischen Gesellschaft» vor dem Hintergrund der internationalen Entspannung.⁵⁹

Doch damit war spätestens nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn Schluss. In der allgemeinen Empörung über das sowjetische Vorgehen verabschiedete der Parteitag vom Februar 1957 ein «Manifest der Sozialdemokratischen Partei zum demokratischen Sozialismus und zu den Problemen der gegenwärtigen internationalen Lage», das zentrale Elemente des späteren Programms (weitgehend positive Haltung zur faktischen Westintegration der Schweiz, stark ethisch-humanitär geprägte Begründung des Sozialismus, teilweise Distanzierung vom Marxismus) bereits vorwegnahm.⁶⁰ Ende der 1950er-Jahre vollzog die SPS eine deutliche Kurskorrektur nach rechts. Die von führenden linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftern wie dem Berner Regierungsrat Fritz Giovanoli und VPOD-Zentralsekretär Max Arnold lancierte Initiative für ein Verbot der atomaren Bewaffnung der Schweizer Armee wurde am ausserordentlichen Parteitag vom 4./5. Oktober 1958 nicht unterstützt, worauf Humbert-Droz als Zentralsekretär zurücktrat.⁶¹

Das auf dem Parteitag der SPS vom 27. und 28. Juni 1959 in Winterthur verabschiedete neue Grundsatzprogramm entstand vor diesem Hintergrund und ordnet sich ein in die Tendenz des «Neorevisionismus», wie er auch im Godesberger Programm der SPD und in den Schriften des damaligen Vordenkers der Labour Party, Anthony Crosland zum Ausdruck kommt.⁶² An die Stelle von Klasse oder «Volksfront» tritt nichts weniger als der «Mensch».⁶³ Die «gesellschaftliche Schichtung» sei «differenzierter» als früher, der Sozialismus «ursprünglich eine Sache der durch den Kapitalismus ausgebeuteten Arbeiterklasse allein» sei längst «zur Sache der ganzen Menschheit geworden. Er geht alle an, die sich verantwortlich fühlen für das Wohlergehen der Gemeinschaft.» Die SPS sei «zur Volkspartei geworden» und rufe «alle arbeitenden Menschen unseres Landes auf, im gemeinsamen Interesse gemeinsam zu kämpfen».⁶⁴ In der Debatte am Parteitag meinte Max Weber, man könne «heute den Arbeitern nicht von der <Verelendung des Proletariats> sprechen [...]. Wenn wir das Wort <Klassenkampf> nicht erwähnen, so bedeutet das in keiner Weise, dass wir den Kampf nicht führen für die Klasseninteressen der Arbeiter.» Gemäss der letzten Volkszählung mache «die Angestelltenschaft mehr als 20 Prozent» aus, während «die Arbeiterschaft zurückgeht. Wenn wir die Schichten der Angestellten gewinnen wollen, so müssen wir in einer Sprache schreiben, die verstanden wird.»⁶⁵ Der Zürcher Delegierte Walter Kull, selbst Angestellter, mahnte dagegen, dass das «wachsende Heer der Stimmfaulen und Passiven [...] zum grossen Teil aus Arbeitern» bestehe, «die ihr Klassenbewusstsein verloren haben». Da sei es doch «falsch, ja geradezu verhängnisvoll, durch ein Verschweigen [...] der Klassengegensätze diese Leute noch mehr einzuschläfern».⁶⁶ Die Angestellten dagegen schauten «mehr auf die Stärke der Bataillone. Mit diesen marschieren sie, weil sie sich davon etwas versprechen.» Die Partei müsse sich deshalb «zunächst bemühen, die Arbeiter

bei der Stange zu halten. [...] Dann werden wir mit mehr Erfolg einen Schritt weitergehen können.»⁶⁷ Klar ist, dass trotz aller Öffnungsabsichten die SPS in den 1950er-Jahren eine stark von Arbeitern und besonders und zunehmend von Beschäftigten des öffentlichen Sektors geprägte Partei blieb.⁶⁸

Im «Lichte einer väterlichen Klugheit» zum «peripheren Wähler»?

Nahezug gleichzeitig wie mit der Neuorientierung ihrer Programmatik befasste sich die SPS auch mit den Entwicklungsmöglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Basis. Um neue Wählerschichten zu gewinnen, gab die Partei während der Nationalratswahlen 1959 beim Marktforschungsinstitut «Nowland Organization» eine sozialpsychologische Studie über «Randschichten» in Auftrag.⁶⁹ Die Studie war vertraulich, da nicht bekannt werden sollte, dass die SP ein «Büro amerikanischer Provenienz» beauftragte.⁷⁰ Unter «Randschichten» verstand man Werkmeister, kleine Angestellte und unqualifizierte Arbeiter ländlicher oder katholischer Herkunft. Die «Kernschichten» der Arbeiterschaft betrachtete man offensichtlich auch 1959 nach wie vor als selbstverständliche Stammwähler. Die «Randschichten» begrüßten gemäss der Studie zwar die sozialen Errungenschaften als Leistung der SP, befürchteten aber mit einer Wahl der Partei die als machtsüchtig empfundenen Gewerkschaftsfunktionäre zu stärken.⁷¹ Die Studie riet der Partei davon ab, als ideologische «Partei der sozialen Umwälzungen und Erschütterungen» aufzutreten,⁷² doch als Kraft, «die den Fortschritt kontrolliert, und der es gelingt, die Komplikationen zu steuern, die in einer vertechnisierten Welt entstehen können».⁷³ «Das Bild des kalt berechnenden Funktionärs» müsse abgelöst werden «von einer neuen Autorität» die den «edlen (und redlichen) Menschen verkörpert, der [...] hoch gebildet ist und eine grosse moralische Verantwortung trägt». Die Partei solle im «Lichte einer väterlichen Klugheit» erscheinen und ihr Programm in «einer ruhigen und würdigen Art» präsentieren, «die es dem peripheren Wähler erlaubt, sich darin zu erkennen (die so ist wie er sein möchte)».⁷⁴ In den nationalen Wahlkämpfen von 1959 und 1963 scheint man diese Empfehlungen beherzigt zu haben: Gezeigt wurden Bilder von glücklichen Familien mit Kommentaren wie «Der einst erniedrigte Arbeiter ist zum selbstbewussten Bürger unseres Landes geworden. Er hat mit seiner Familie teil am Wohlstand.»⁷⁵

Die von der Nowland-Studie als «Randschichten» bezeichneten gesellschaftlichen Gruppen verfolgten, so könnte man zumindest vermuten, eine andere Strategie im Umgang mit den Bürgertum als das in der Sozialdemokratie vorherrschende Milieu. Dieses ist weitgehend der vom deutschen Sozialhistoriker Michael Vester als «facharbeiterisch» bezeichneten Traditionslinie zuzuordnen, die eine Logik der «Leistung gegen Teilhabe» verfolgt. Das gemeinsame Merkmal der «Randschich-

ten» der Nowland-Studie scheint mir dagegen zu sein, dass sie der wiederum von Vester als «kleinbürgerlich» bezeichneten Traditionslinie der Geschichte sozialer Milieus zuzuordnen sind, die sich in einer «Klient-Patron»-Beziehung der Logik «Leistung gegen Fürsorge» bewegt.⁷⁶ Sozialdemokratische Politiker, so scheint die Nowland-Studie zu empfehlen, sollten für die «Klienten» aus den «Randschichten» wie ein fürsorglicher Patron auftreten. Doch gerade das Bemühen eines Images, das gemeinschaftliche Werte wie Familienglück und die «schöne Heimat» betonte, sollte die Partei gegen Ende der 1960er-Jahre wieder in ein Dilemma stürzen. Solche «Gemeinschaftssemantik» und die Konjunkturdämpfungspolitik half mit, den Boden dafür zu bereiten, dass die Anti-Überfremdungsbewegung Anhänger in der enttäuschten Arbeiterschaft finden konnte.⁷⁷ Hatten die Bemühungen der Partei lange Zeit vor allem Schichten ausserhalb der organisierten Arbeiterschaft gewinnen wollen, so musste man nun zusehends einsehen, dass die Arbeiterstimmen nicht einfach selbstverständlich an die SPS gingen, sondern Wahlabstinenz und rechte Protestwahl zunahmen.

Auf der anderen Seite führte die Wiederentdeckung der marxistischen Kritik durch die 68er-Bewegung und die Krise der 1970er-Jahre zunächst zu einer Reaktivierung der klassischen sozialistischen Vorstellungen. Und die Vorstellungen, welche die in die Partei eintretende Teile der «Neuen Linken» mitbrachten, waren ziemlich konträr zum von der Nowland-Studie empfohlenen Stil. Neben dem bald wieder aufgegebenen, oft rein abstrakten und meist kaum in einer tatsächlichen Kenntnis der marxistischen Klassiker fundierten Plädoyer für eine Renaissance eines klassenkämpferischen Orientierung brachte die 68er-Generation vor allem ökologische, entwicklungspolitische und feministische Anliegen in der Partei stärker zur Sprache. Die Bedeutung von Errungenschaften der sozialdemokratischen Reformpolitik seit dem 2. Weltkrieg gerade als notwendige Vorbedingung für das Aufkommen neuer Bedürfnisse unterschätzte sie dabei stark, was zu Reibungen mit den Parteikadern der älteren Generation führen musste.⁷⁸ Geling es in den 1970er-Jahren noch erstaunlich gut, zentrifugale Tendenzen einzudämmen, kam es in den 1980er-Jahren zu einer schweren Parteikrise. Differenzen über die Stellung zu den 80er-Unruhen führten in Basel, Bern und Zürich zum Entstehen einer einen harten Kurs gegen die Jugendbewegung unterstützenden Parteiopposition, die zum Mittel erfolgreicher «wilder» Kandidaturen «traditioneller Sozialdemokraten» für die Gemeindeexekutiven griff.⁷⁹ In Basel spaltete sich diese Fraktion sogar ab und gründeten 1982 die Demokratisch-Soziale Partei (DSP).⁸⁰ Zu einer entlang ähnlicher Konfliktlinien verlaufenden Abspaltung eines den «sozialen Parasitismus» ablehnenden Flügels älterer Kommunisten kam es in Basel etwas später übrigens auch in der PdA.⁸¹ Auch in der Debatte von 1984 um den Bundesratsaustritt, nachdem der Versuch mit Liliane Uchtenhagen, die erste Frau in die Landesregierung zu senden, an der bürgerlichen Mehrheit der

Bundesversammlung gescheitert war und stattdessen der als konservativ geltende Otto Stich gewählt wurde, verliefen die Fronten ähnlich: Der Parteivorstand um Hubacher strebte daraufhin den Gang in die Opposition an, wurde aber vom stärker als sonst von älteren Sozialdemokraten besuchten Parteitag desavouiert, der für einen Verbleib in der Regierung votierte.⁸² Vor diesem Hintergrund erlitt die SPS in der Nationalratswahl 1987 die grösste Niederlage ihrer Geschichte. Viele traditionelle Wähler hatten sich enttäuscht von ihr abgewandt, während die an den «neuen Themen» interessierten Wähler die grünen und linksalternativen Gruppierungen vorerst favorisierten. Diese Spannungen zwischen *workers, women and greens* teilte die SPS mit ihren Schwesterparteien in ganz Europa.⁸³ Doch die tiefe Krise der europäischen Sozialdemokratie am Ende der 1980er-Jahre hatte noch einen anderen, wichtigeren Grund: Der Gegenwind der marktliberalen Restauration, ausgehend von Chile, den USA und Grossbritannien, begann spürbar zu werden. Doch erst nach 1989 und damit ausserhalb des Rahmens dieses Beitrags sollte er auch den Kontinent und die Schweiz mit voller Wucht erreichen und die «soziale Frage» beziehungsweise den «Klassenkampf» wieder ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen rücken.⁸⁴

Fazit: Die schweizerische Sozialdemokratie als Milieupartei

Eingangs wurden zwei Dimensionen des mit dem «Wandel von der Klassen- zur Volkspartei» bezeichneten Prozesses unterschieden: Ein Wandel der sozialen Basis und ein Wandel der Einstellung zum «Volk» als den Staat tragende «Nation». Bei der ersten Dimension der sozialen Basis fällt auf, dass die Sozialdemokratie ihre grösste gesellschaftliche Verankerung in jener Phase erlebte, als sie sich pointiert als «Klassenpartei» gab. Das Selbstverständnis als «Volkspartei» hingegen führte somit nicht zu einer Erweiterung der sozialdemokratischen Basis. Der Schluss liegt nahe, dass die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis heute im Wesentlichen eine Milieupartei geblieben ist: Sie war stets die prägende politische Kraft der an einem kollektiven sozialen Aufstieg orientierten, Leistung und Wissenserwerb betonenden «Traditionslinie der Facharbeit und der praktischen Intelligenz» der «arbeitnehmerischen Mitte» und strahlte von dort auf kleinere Gruppen der liberal-intellektuellen Elite, der «ständisch-kleinbürgerlichen Traditionslinie» und der unterprivilegierten Milieus aus.⁸⁵ Die zunehmende Nähe der SPS zu den «neuen sozialen Bewegungen» ab den 1970er-Jahren ist damit nicht Ausdruck einer Gesellschaft «jenseits von Klasse und Schicht»,⁸⁶ sondern vielmehr einer «pluralisierten Klassengesellschaft».⁸⁷ Das facharbeiterische Milieu modernisierte sich entlang der Generationengrenzen; die in Industrie, Gewerbe und in den grossen öffentlichen Transport- und Kommunikationsunter-

nehmen tätigen Facharbeiter arbeiteten zunehmend mit neuen Technologien und Arbeitsorganisationsformen und verloren insgesamt zahlenmässig an Gewicht gegenüber pädagogischen, sozialen und paramedizinischen Fachkräften. Letztere sind oft weiblichen Geschlechts und entstammen über familiäre Wurzeln und Erstausbildung dem Facharbeitermilieu. Zudem wuchsen seit der «Bildungsexpansion» der 1960er-Jahre – gerade als Folge der sozialdemokratischen Politik – die liberal-intellektuellen Fraktionen des Staats- und Wissenschaftsapparats mit ihrer Affinität zur Sozialdemokratie als des stärksten Erben der staatssozialistisch-radikaldemokratischen Strömung der freisinnigen Grossfamilie des 19. Jahrhunderts. Sie hatten vorher weniger als Wählerbasis, aber als ein wichtiges Rekrutierungsreservoir der Parteilite gedient.

Für die Interpretation auch der heutigen Sozialdemokratie als Milieupartei sprechen auch Studien, welche die SP über ihre Zielgruppen in Auftrag gegeben hat: Das den Kern der links-grünen Wählerschaft darstellende «alternative» Lager ist städtisch, intellektuell und weiblich geprägt, das kleinere, aber noch stärker sozialdemokratisch orientierte «links-modernistische» Lager ist stark in der modernen industriellen Facharbeiterschaft in mittleren Ortschaften, während das etwa gleich grosse, zwischen der Linken und der rechtspopulistischen Protestwahl schwankende «schweizerisch-soziale» Lager vor allem aus einkommens- und bildungsmässig benachteiligten Rentnern in den Vorstädten besteht.⁸⁸

In der zweiten national-ideologischen Dimension des Deutungsmusters vom Wandel von der Klassen- zur Volkspartei hatte die zunehmende Aufgabe des liberalen Erbes durch das Bürgertum, manifestiert im repressiven Auftreten gegen Streiks, zunächst zu einer zunehmenden Distanz der Arbeiterbewegung zum bürgerlichen Staat geführt. Das Aufkommen des Faschismus führte dazu, dass die Verteidigung der Demokratie zu einer akuten Herausforderung für die Arbeiterbewegung wurde und sie den Versuch begann, selbst das nationale Interesse als Kampf gegen Faschismus und Arbeitslosigkeit zu definieren. Wie weit sie dabei von einem nationalen Konsens noch entfernt war, zeigen die durchaus nicht ungefährlichen rechtsbürgerlichen Versuche im Sommer 1940, die Sozialdemokratie mit dem Hinweis auf die aussenpolitische Lage zu marginalisieren. Erst mit der Kriegswende schien die Sozialdemokratie Recht zu erhalten, AHV und Wirtschaftsartikel markieren 1947 die Institutionalisierung eines stabilen, wenn auch weiterhin asymmetrischen Klassenkompromisses. An der Reaktivierung der geistigen Landesverteidigung im Zeichen des Kalten Kriegs beteiligte sich die Parteiführung trotz des Dissenses der Parteilinken voll und ganz. Die Protestbewegungen von links und rechts ab Mitte der 1960er-Jahre liessen bereits Risse im nationalen Konsens erkennen. Nach dem Ende des Kalten Kriegs kam es dann in den 1990er-Jahren zu einer Art «Kulturkampf» um die Rolle der Schweiz in den europäischen und internationalen Institutionen.

Es zeigt sich somit, dass sich die SPS in ihrer ganzen Geschichte sowohl an der internationalen Arbeiterbewegung und an einer wie auch immer definierten «nationalen Tradition» orientieren musste. Welcher Aspekt mehr gewichtet wurde, hing stark vom Einfluss internationaler Schlüsselereignisse ab, die in einem hochgradig in den Weltmarkt integrierten Kleinstaat von grosser Bedeutung für die Orientierung sämtlicher gesellschaftlichen Kräfte sind.

Das Deutungsmuster vom Wechsel von der Klassen- zur Volkspartei erweist sich damit als zwar heuristisch fruchtbarer Ausgangspunkt, wird aber der historischen Komplexität nicht gerecht. Das liegt auch daran, dass die dieses Deutungsmuster verwendenden Darstellungen weder die Kategorie der «Klasse» noch diejenige des «Volkes» weiter problematisieren. Denn eine Klasse ist, um mit der bereits klassischen Definition von Edward P. Thompson zu sprechen, «eine soziale und kulturelle Formation (oft mit institutionellem Ausdruck), die nicht abstrakt oder isoliert definiert werden kann, sondern nur über die Beziehungen zu anderen Klassen». ⁸⁹ Und genau dieser Wandel der Klassenbeziehungen im internationalen wie im nationalen Rahmen ist es, der in unterschiedlichen Epochen jeweils den Kontext für die Definitionskämpfe abgibt – für die Frage, welchem Bündnis von Klassen und Klassenfraktionen es gelingt, ihr Interesse als Interesse des «Volks» erscheinen zu lassen.

Anmerkungen

- 1 ««Die Zeit der Volkspartei <SPD> ist vorbei!». Interview von Reinhold Rünker mit Franz Walter, *Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft* 5 (2005), 20 ff.
- 2 Oskar Scheiben, *Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte*, Zürich 1987.
- 3 Pietro Morandi, *Krise und Verständigung. Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie*, Zürich 1995.
- 4 Erich Gruner, *Die Parteien in der Schweiz. Geschichte, neue Forschungsergebnisse, aktuelle Probleme*, 2. Aufl., Bern 1977.
- 5 Scheiben (wie Anm. 2), 279.
- 6 Gruner (wie Anm. 4), 127.
- 7 Morandi (wie Anm. 3), 468, Anm. 11.
- 8 Robert Grimm, *50 Jahre Landesgeschichte*, Zürich 1955; Bernard Degen, «Ein Zürcher prägte die Berner Politik: Robert Grimm», in *Klassenkampf(rhetorik) und Reformpolitik. 100 Jahre SP Kanton Bern*, 2005, 125 f.
- 9 Gruner (wie Anm. 4), 142.
- 10 Karl Marx, Friedrich Engels, «Manifest der kommunistischen Partei», in *MEW*, Bd. 4, 492.
- 11 Siehe dazu den Bericht des konservativen Basler Ratsherrn Andreas Heusler, *Basler Zeitung* 251, 23. 10. 1846.
- 12 Hans-Ulrich Schiedt, *Die Welt neu erfinden: Karl Bürkli (1823–1901) und seine Schriften*, Zürich 2002.
- 13 «Becker, Johann-Phillipp», *HLS elektronische Publikation*, Version vom 19. 6. 2002.
- 14 Gruner (wie Anm. 4), 126 ff.

- 15 SPS, *Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 10.–12. Dezember 1920 im Volkshaus in Bern*, Zürich 1921.
- 16 Siehe <http://www.bfs.admin.ch>, Rubrik Politik, Nationalratswahlen
- 17 Vgl. die immer noch sehr überzeugende Darstellung des Zusammenhangs von Deflationspolitik und Aufstieg des Faschismus in: Otto Bauer, «Zwischen zwei Weltkriegen?», Bratislava 1936, zit. n. Otto Bauer Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1976, 71 f.
- 18 Archiv Schweizerische Bankiervereinigung, Protokoll Ausschuss, Nr. 106, 20. 3. 1935, vertrauliche Aktennotiz Kriseninitiative, zit. nach: Jan Baumann, Patrick Halbeisen, *Die Internationalisierung des Finanzplatzes Schweiz und ihre Folgen für die Währungspolitik: Konsens und Konflikte zwischen der Nationalbank und den Geschäftsbanken 1919–1939*. Beitrag für das Kolloquium Switzerland as a financial centre in international perspective (1913–1965) in Lausanne, 1./2. Oktober 1999 (bisher unveröffentlichtes Ms., ich danke Patrick Halbeisen für die Zustellung).
- 19 Christian Werner, *Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928–1947*, Zürich 2000, 174.
- 20 Gerd-Rainer Horn, *European Socialists Respond to Fascism. Ideology, Activism and Contingency in the 1930s*, New York 1996, 18 ff.
- 21 SPS, *Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitags vom 26. und 27. Januar 1935 im Kongresshaus Luzern*, Aarau 1935, 106 f., Schreibweise «Fascismus» im Original.
- 22 *Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* (Angenommen durch den Parteitag vom 26. und 27. Januar 1935 in Luzern), <http://al.sp-ps.ch/data/DIV/PP-D/Pp1935-d.pdf>, 1.
- 23 Zu den entgegengesetzten Interpretationen dieses schillernden Begriffs u. a. Oliver Zimmer, «Die «Volksgemeinschaft»: Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in der Krise der 30er Jahre in der Schweiz», in Kurt Imhof et al. (Hg.), *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Nachkriegszeit* (Krise und sozialer Wandel, Bd. 2), Zürich 1996.
- 24 Protokoll Parteitag 1935 (wie Anm. 20), 106 f.
- 25 Zu dem nach den Initialen seiner Verfasser (Wladimir Woytinski, Fritz Tarnow und Fritz Baade) benannten WTB-Plan: Donald Sassoon, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London 1996, 60, zum Einfluss des WTB-Plans auf de Man: ebd., 68).
- 26 Dick Pels, «Hendrik de Man en de ideologie van het planisme», in John Janssen van Galen et al., *Het moet, het kan! Op voor het Plan! Vijftig jaar Plan van de Arbeid*, Amsterdam 1985.
- 27 SPS, *Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitags vom 6. und 7. Juni 1936 in Zürich*, Arbon 1936, 69 f.
- 28 Morandi (wie Anm. 3), 75 ff.; Scheiben (wie Anm. 2), 216 ff.
- 29 Morandi (wie Anm. 3), 369 ff.
- 30 Ebd., 345, 379 ff.
- 31 An die schweizerische Arbeiterschaft! Aufruf der Geschäftsleitung der SPS vom 25. 5. 1940. Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich (SozArch), Ar.1.111.9 (Protokollkopien).
- 32 Protokoll GL vom 20. 7. 1940. SozArch, Ar.1.111.9 (Protokollkopien).
- 33 Werner (wie Anm. 19), 276
- 34 Protokoll der Politischen Kommission vom 13. 7. 1940. SozArch, Ar.1.111.9 (Protokollkopien).
- 35 Fritz Giovanoli, *Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Entstehung, Entwicklung und Aktion* Bern 1948, 49.
- 36 Hans Ulrich Jost, *Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938–1948*, Zürich 1998, 66, 79 ff.
- 37 Marcela Hohl, *Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber (1897–1974) und sein Einfluss auf die Tätigkeit des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds*, Diessenhofen 1983,

- 339 ff.; Markus Kübler, *Die Integration des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds in das Politische System der Schweiz in den Jahren 1908 bis 1939*, Bern 1998, 378 ff.
- 38 Scheiben (wie Anm. 2), 277.
- 39 Zur Frage der Wählerwanderung von der Nationalen Front zum LdU vgl. Beat Glaus, *Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung*, Zürich 1969, 120 ff. Gerne hätte ich abgeklärt, ob die Kampagne gegen Grimm zwischen den «200» und Duttweiler koordiniert wurde. Ein Indiz dafür ist, dass *Tat*-Redaktor und LdU-Nationalrat Erwin Jaeckle nach dem Krieg offenbar der wichtigste publizistische Verteidiger der «200» war. Vgl. dazu das folgende Dossier im SPS-Archiv: Die Schweiz im Umbruchsjahr 1940. SozArch, Ar.1.124.8. Nach Mitteilung von Migros-Archivar P. Röttcher sind aber weder der Nachlass von Gottlieb Duttweiler noch das LdU-Archiv erschlossen und zugänglich. Beim Nachlass Duttweiler ist immerhin ein Konzept für die Erschliessung in Arbeit.
- 40 Protokoll der Geschäftsleitung vom 2. 2. 1940. SozArch, Ar.1.111.9 (Protokollkopien).
- 41 Protokoll der Politischen Kommission vom 29. 6. 1940. SozArch, Ar.1.111.9 (Protokollkopien).
- 42 Protokoll der Vertrauensleutekonferenz vom 3. 7. 1940. SozArch, Ar.1.111.9 (Protokollkopien).
- 43 Vgl. zur PAG Bern: Adrian Zimmermann, «Die Anfänge der Sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung», in *100 Jahre SP Kanton Bern* (wie Anm. 8), 101 ff., 106 ff.
- 44 Sassoon (wie Anm. 25), 189.
- 45 Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung über das Volksbegehren betreffend Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit (Vom 14. Oktober 1946.), *BBl* 1946, 830.
- 46 Bei den Nationalratswahlen 1947 erreichten SP und PdA zusammengerechnet einen Wähleranteil von 31,3%.
- 47 *BBl* 1946 (wie Anm. 45), 845.
- 48 Neuer Art. 31bis der Bundesverfassung zit. n.: Bundesbeschluss über eine Revision der Wirtschaftsartikel (Vom 4. April 1946.), *BBl* 1946, 895.
- 49 Neuer Art. 31quinquies der BV, zit. n. *BBl* 1946 (wie Anm. 48), 896.
- 50 Georg Hafner, *Bundesrat Walther Stampfli (1884–1965). Leiter der Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Bundesrätlicher Vater der AHV*, Olten 1986, 360 f.
- 51 Leonhard Neidhart, *Plebizit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums*, Bern 1970, 279 f.
- 52 Neidhart (wie Anm. 51), 284.
- 53 Gemeinsame Erklärung der Spitzenverbände zur Preis- und Lohnpolitik vom 1. Januar 1948, in *Schweizerischer Gewerkschaftsbund. Bericht des Bundeskomitees 1947–1949*, Basel 1950, 151 ff. Zur Entwicklung der Diskussion um das Stabilisierungsabkommen und den von den Gewerkschaften abgelehnten Versuch einer Neuauflage: Traktandum 4. Stellungnahme zur «Gemeinsamen Erklärung der wirtschaftlichen Spitzenverbände zur Preis- und Lohnpolitik», in *Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Protokoll der 147. Sitzung des Gewerkschaftsausschusses*, Samstag, den 2. Februar 1952, 9.30 Uhr im Unionssaal des Volkshauses in Bern, 11–28.
- 54 Sassoon (wie Anm. 25), 190.
- 55 Emil J. Walter, «Eine grundsätzliche Revision des Parteiprogrammes der SPS», *Rote Revue* 10 (1952), 282 f. Hervorhebungen im Original.
- 56 Bernard Degen, «Zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung», in *Solidarität, Widerspruch Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz*, Zürich 1988, 388 f.
- 57 Walter Wolf, *Walther Bringolf. Sozialist, Patriot, Patriarch*, Schaffhausen 1995, 287.
- 58 Jules Humbert-Droz, «Stagnation überwunden!», *Rote Revue* 4/5 (1954), 82.
- 59 Bernard Degen, «Die Linke zwischen Wirtschaftsboom, Westintegration und Geistiger Landesverteidigung», in *Sonderfall Schweiz?*, Zürich 1992, 158.
- 60 Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 16./17. 2. 1957 in Luzern, Zürich 1957.

- 61 Protokoll GL 22. 12. 1958, 6 f. SozArch, MFC 12.
- 62 Sassoon (wie Anm. 25), 241 ff.
- 63 Auf die Zentralität des Begriffs «Mensch» im Winterthurer Programm verweist: Degen (wie Anm. 47), 159.
- 64 *Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (Angenommen durch den Parteitag vom 27. und 28. Juni 1959 in Winterthur)*, <http://al.sp-ps.ch/data/DIV/PP-D/Pp1959-d.pdf>, 12.
- 65 SPS, *Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitags vom 27./28. Juni im Volkshaus Winterthur*, Schaffhausen 1959, 182 f.
- 66 Protokoll Parteitag 1959 (wie Anm. 65), 170.
- 67 Ebd., 172.
- 68 So Oprecht, ebd., 149
- 69 Die Kombination von Meinungsforschung und «neorevisionistischer» Reform der Programmatik ist dabei auch bei Schwesterparteien, namentlich der Labour Party, anzutreffen. Sassoon (wie Anm. 25), 258.
- 70 Diese Befürchtung hegte der Berner Nationalrat und spätere Parteipräsident Fritz Grütter. Protokoll GL 24.1.59. SozArch, MFC 12.
- 71 SP-Wähler Analyse 1959. SozArch, Ar.1.220.9, 71 ff.
- 72 SP-Wähler Analyse (wie Anm. 71), 107.
- 73 Ebd., 97.
- 74 Ebd., 109 f.
- 75 Zit. nach Felix Müller, Jakob Tanner, «Zur Geschichte der Fortschrittsidee», in *Solidarität, Widerspruch, Bewegung* (wie Anm. 44), 349, 353 f.
- 76 Zu den Begrifflichkeiten, siehe: Michael Vester et al., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M. 2001; Michael Vester, «Das Fiasko der Neuen Mitte. Die Bundestagswahl 2005 und die Orientierungen der gesellschaftlichen Milieus», *Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft* 5 (2005), 1.
- 77 Gaetano Romano, «Links oder rechts oder Gemeinschaft oder Gesellschaft. Zur Konfusion politischer Unterscheidungen öffentlicher Kommunikation», in Mario König et al. (Hg.), *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren* (Die Schweiz: Staat – Gesellschaft – Politik, 1798–1998, Bd. 3), Zürich 1998, 268 ff.
- 78 Eine stark von der Sichtweise der damaligen jungen Linken in der Partei gefärbte Interpretation dieses Konflikts als Aufeinanderprallen zweier Fortschrittsbegriffe findet sich bei: Müller/Tanner (wie Anm. 75), 356 ff.
- 79 Vgl. auch das Dossier der SPS zu diesen Kontroversen Anfang der 1980er-Jahre: *Parteikonflikte*. SozArch, Ar.1.250.21
- 80 *Solidarität, Widerspruch, Bewegung* (wie Anm. 44), 73.
- 81 André Rauber, *Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944–1991*, Zürich 2003, 663 ff.
- 82 Degen (wie Anm. 53), 370.
- 83 So der Titel des entsprechenden Kapitels bei Sassoon (wie Anm. 25), 647 ff.
- 84 In Abwehr dieser reaktionären Bedrohung sollten sich in den 1990er-Jahren dann auch dank Generationenwechsel und bewegungspolitischem Aufbruch in den Gewerkschaften die internen Konflikte in der Arbeiterbewegung wieder entspannen. Anders als in den 1980er-Jahren waren es jetzt (wie schon vor dem Generalstreik) die Gewerkschaften, die auf dem linken Flügel der Partei standen. Der neuen Generation der Gewerkschaftsführer, die oft Wurzeln in den sozialen Bewegungen und Linksaussengruppierungen der 1970er-Jahre hatten, stand Peter Bodenmann, ab 1990 SPS-Parteipräsident, nahe.
- 85 Zu den Begrifflichkeiten siehe Vester et al. (wie Anm. 76).
- 86 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986, 121 ff.
- 112 87 Vester (wie Anm. 76), 386 ff.

- 88 Tel. Auskunft des für Kommunikation und Kampagnen zuständigen Zentralsekretärs der SP Schweiz, Peter Lauener vom 22. 9. 2006.
89 Edward P. Thompson, *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1987, 963.

Résumé

D'un parti de classe à un parti populaire? Remarques sur l'identité idéologique et la base sociale du Parti socialiste suisse durant le court XXe siècle

L'interprétation dominante de l'histoire du parti socialiste suisse (PSS) considère que depuis 1918 le parti aurait subi une transformation d'un «parti de classe en parti populaire». Cette interprétation repose de façon implicite sur la prise en compte de deux processus. Premièrement, le processus de la modification de la base sociale. Dans ce contexte, force est de constater que le socialisme suisse a connu son plus important encrage social durant les années pendant lesquelles il s'est lui-même défini comme un «parti de classe». Le passage au «parti populaire» n'a donc pas abouti à un élargissement de la base sociale. Depuis ses origines et jusqu'à nos jours, le PSS est resté fondamentalement un parti marqué par un milieu d'ouvriers qualifiés.

En deuxième lieu, il s'agit de souligner le processus qui amène les socialistes à considérer progressivement le «peuple» en tant que «nation» fondatrice de l'Etat. Alors que, dans un premier temps, le fossé entre mouvement ouvrier et bourgeoisie s'est élargi, l'avènement du fascisme a fait en sorte qu'un rapprochement entre les deux camps sur la base de la défense de la démocratie est devenu possible. Cependant, durant l'été crucial de l'année 1940, le socialisme suisse s'est à nouveau trouvé marginalisé. Ce n'est que suite au tournant de la guerre de 1942/43 que la situation a changé. En 1947, les articles constitutionnels relatifs à l'AVS et les articles dits économiques marquent l'institutionnalisation d'un compromis de classe. Pendant la Guerre froide, le PSS a de fait largement soutenu le consensus national qu'impliquait l'intégration de la Suisse à l'ouest. Les mouvements contestataires de gauche et de droite qui se manifestent dès le milieu des années 1960 montrent toutefois que cette orientation n'était pas figée. L'image dépassée de la transformation du PSS d'un «Parti de classe en un parti populaire» ne doit notamment pas cacher le fait que, tout au long de son histoire, il a été à la fois partie intégrante du mouvement ouvrier international et du «peuple suisse».

(Traduction: Philipp Müller)